

Jürgen Scholz

Hildener Arbeiterbewegung erstmals 1863 aktenkundig

August Stein und W. Eggert sind die ersten bekannten Sozialdemokraten in Hilden

Die erste sozialdemokratische „Gemeinde“ in Hilden

Im Jahre 1863 ist die Hildener Arbeiterbewegung zum ersten Mal aktenkundig geworden: Es entstand eine Ortsgruppe – „Gemeinde“ sagte man damals – des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV). Aus Düsseldorf und Solingen war die Nachricht nach Hilden gedrungen, dass sich in Leipzig der ADAV gegründet hatte, unter Führung Ferdinand Lassalles.

Textilarbeiter und Drucker stellten die Mitglieder der jungen Hildener Gemeinde des ADAV. Im Mai 1864 tritt ein Name aus dem Dunkel der Anonymität: August Stein. Er wird als Bevollmächtigter des Hildener ADAV genannt. Stein hielt es aber nicht lange in Hilden, er verlegte seinen Wohnsitz wenig später nach Düsseldorf. Auch der Hildener W. Eggert, der kurz darauf den Sprung in den Bundesvorstand des ADAV schaffte, scheint seine Zelte bald wieder woanders aufgeschlagen zu haben. Verkehrslokal des ADAV war offensichtlich das Lokal Poßberg – später: Zur Krone, in der heutigen Mittelstraße – jedenfalls wissen wir, dass dort im März 1869 eine Versammlung stattfand. Mehr als ein Dutzend Sozialdemokraten wird Hilden nicht gehabt haben. Eine Notiz im „Social-Demokrat“ vom 8. November 1868 nennt zwar die gewaltige Zahl von 70 ADAV-Mitgliedern, doch dürfte das eine große Übertreibung gewesen sein. Denn bei den Wahlen zum Reichstag 1870 gab es in Hilden noch gar keine und 1874 erst ganze drei sozialdemokratische Stimmen. Auch 1877 sah es nicht besser aus. Sechs Hildener Wähler konnte Wilhelm Hasselmann, Vorsitzender des ADAV, der im Düsseldorfer Wahlkreis kandidierte, für sich gewinnen.

Dabei hatte es in Hilden schon einige heftige soziale Auseinandersetzungen gegeben. Ende August 1869 waren die Handdrucker und Formenstecher der Textilfabrik Gressard und Co. in den Streik getreten. Sie forderten Lohnerhöhungen und vor allem die Abschaffung der Strafgehalte, mit denen die Arbeiter oft aus den nichtigsten Anlässen belegt wurden. Der Streik endete nach drei Wochen mit unbekanntem Resultat. Wahrscheinlich haben die unzufriedenen Beschäftigten versucht, andere Arbeitsverhältnisse zu finden – aus dem gleichen Grund kam auch die sozialdemokratische Bewegung in Hilden nicht recht voran. Immer wieder wechselte die Zusammensetzung der Gemeinde des ADAV. Mitglieder verließen Hilden, weil sie gemäßregelt worden waren oder eine bessere Verdienstmöglichkeit suchten.

Noch nicht vom Gifte der Sozialdemokratie angefressen

Auch der Zusammenschluss von ADAV und der von Bebel und Liebknecht geführten „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ im Jahre 1875 zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ führte die Hildener Sozialdemokraten noch nicht aus der Diaspora heraus. Bürgermeister Wachtel berichtete am 18. Juni 1878 an den Düsseldorfer Landrat: „Der hiesige Verwaltungsbezirk hat sich bis jetzt von der Sozialdemokratie rein gehalten (...). Die hiesigen Fabrikanten haben auch bereits zu dieser berührenden Frage Stellung genommen und wollen diejenigen Arbeiter, die sozialdemokratischen Ideen zugetan sind resp. ihre

Verbreitung beabsichtigen, entlassen. Ich habe die Auffassung, daß die hiesige Bevölkerung noch nicht von dem Gifte der Sozialdemokratie angefressen zu sein scheint.“

Am 21. Oktober 1878 wurde das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ verkündet – danach waren alle Vereinigungen, „welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken“, zu verbieten. Das Sozialistengesetz sollte jede sozialdemokratische Bewegung in Deutschland ausrotten. Sozialdemokratische Vereine und Organisationen, auch die Gewerkschaften, wurden sofort verboten, die Presse durfte nicht mehr erscheinen.

Die Auswirkungen des Gesetzes waren auch in Hilden spürbar. Die Polizei ließ es an Hausdurchsuchungen nicht fehlen. Schriften waren hin und wieder zu entdecken. So fand das in Zürich gedruckte illegale Parteiorgan „Der Sozialdemokrat“ wöchentlich mit bewundernswerter Pünktlichkeit auf Schmuggelpfaden seinen Weg auch nach Hilden. Hier gab es acht Bezieher dieser Zeitung. Irgendeine Parteiorganisation, und sei es in der bescheidensten Form, gab es aber nicht.

„Eine sozialdemokratische Agitation existiert hier nicht“, meldete Bürgermeister Wachtel am 20. August 1881. Zwei Jahre später sah das schon etwas anders aus. Zwar hieß es immer noch, eine sozialdemokratische Agitation sei nicht bemerkbar. Indessen, so fügte der Bürgermeister hinzu, „gehen viele Solinger Arbeiter nach hier, sodaß eine Verbreitung der sozialdemokratischen Lehren zu befürchten steht“. Und 1887 war das „Gefürchtete“ dann eingetreten; „Die getätigten Reichstagswahlen haben bewiesen, daß eine sozialdemokratische Partei hier existiert. Außer bei dieser Gelegenheit merkt man von derselben nichts, die unter den Fabrikarbeitern, Schleifern und Hauswebern Anhang hat“.



Wahlauf Ruf der Sozialdemokraten 1912
© AdSD

Aufbruch nach dem Sozialistengesetz

Der Fall des Sozialistengesetzes 1890 wurde von den Sozialdemokraten überall im Reich gefeiert. Die wenigen Hildener, die sich damals schon offen zur SPD bekannten, werden das Ende des Gesetzes in Düsseldorf oder Solingen erlebt haben. In Hilden selbst blieb es noch auf längere Zeit hinaus ruhig. Der 1. Mai 1890 verlief ohne jegliche Kundgebungen, und so blieb das auch in den folgenden Jahren.

Zwar gab es einzelne besonders rührige Sozialdemokraten: den Textilarbeiter Carl Orthmann, der in der Klotzstraße wohnte; Wilhelm Haukamp, Arbeiter in der Textilindustrie – er wohnte im „Klef“ –, und Hermann Jaspers; zwar kamen in geringer Anzahl Parteizeitungen nach Hilden, die „Freie Presse für Berg und Mark“ sowie die in Düsseldorf erscheinende „Niederrheinische Volkstribüne“, aber von den Wahlkämpfen abgesehen, trat die Arbeiterbewegung in Hilden öffentlich nicht in Erscheinung. Weder gab es eine fest gefügte Organisation der Sozialdemokratischen Partei noch gab es Gewerkschaften.

Das änderte sich Anfang 1894. Die erste Gewerkschaft, die nach dem Sozialistengesetz wieder erstand, war der „Deutsche Metallarbeiter-Verband“. Nur zwei Monate später folgte der „Verband aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“. Sein Bevollmächtigter, Wilhelm Haukamp, meldete den Verband am 28. März beim Bürgermeister an. Beide Verbände tagten im Lokal Klees, mussten aber schon nach kurzer Zeit umziehen. Die Hildener Obrigkeit verstand es noch auf Jahre hinaus, die Wirte so unter Druck zu setzen, dass kaum einer bereit war, Sozialdemokraten oder Gewerkschaften ein Versammlungslokal zu geben. Dass Pfarrer von der Kanzel herab Wirte anprangerten, die ihre Lokale Sozialdemokraten zur Verfügung stellten, kam vor. Selbst ihre Feste mussten die Arbeiter auswärts feiern. Erst kurz vor dem 1. Weltkrieg besserten sich die Verhältnisse, aber auch dann blieb die Zahl der zur Verfügung stehenden Lokale gering. Wer den Arbeiterorganisationen das Versammlungslokal entzog, konnte sie empfindlich treffen. Partei- und Gewerkschaftsbüros gab es damals noch nicht, das Versammlungslokal war der zentrale Treffpunkt, wo nicht nur Neuigkeiten umgeschlagen und politische Dinge besprochen wurden. Hier wurden auch alle organisatorischen Details abgewickelt, wie Beiträge abgerechnet oder Flugblattverteilungen organisiert.

Für einige Zeit schlugen die Arbeiter ihre Zelte bei H. Lohausen in der Heiligenstraße auf. Dort sollte auch die erste Maikundgebung stattfinden. Wilhelm Haukamp meldete sie an, und prompt wurde die Versammlung vom Bürgermeister verboten. Eine Kundgebung im Freien wurde den Arbeitern aber auch nicht gestattet, und so ging das dann für einige Jahre weiter. Sozialdemokraten mussten sich darauf beschränken, ihren Standpunkt in Versammlungen der gegnerischen Parteien vorzutragen. Gelegentlich wurden solche Versammlungen von ihnen auch gesprengt – so 1895, als die in Düsseldorf ansässige Antisemitische Partei in Hilden eine Kundgebung abhalten wollte. Die Versammlung musste aufgelöst werden, meldete der Bürgermeister, „weil die Sozialdemokraten sich in der Diskussion zu Wort meldeten und Äußerungen taten, die ein polizeiliches Einschreiten nötig machten“.

Erstmals kandidierten zwei Sozialdemokraten

Bei den Gewerbeberichtswahlen 1901 kandidierten zum ersten Mal zwei Sozialdemokraten. Immerhin erhielten sie je 246 Stimmen gegenüber 392 bzw. 397 Stimmen der christlichen Liste. Hermann Jaspers und Friedrich Pfaffenbruder – Textilarbeiter war der eine, Schleifer der andere. Ein Menschenalter, bis in den Krieg hinein, waren sie die Seele der Hildener Arbeiterbewegung. Unermüdlich stellten sie sich als Kandidaten zu allen öffentlichen Ehrenämtern zur Verfügung, die die sozialistische Bewegung erringen wollte. Mit welchem Erfolg die beiden mit ihren Genossen gearbeitet haben, zeigten die Reichstagswahlen 1903. 867 Stimmen wurden in Hilden für den sozialdemokratischen Kandidaten, Hermann Springe, abgegeben. Damit wurde die Zentrumsparlei erstmals überrundet, bekam Hilden seinen Ruf als „rote Hochburg“.

Im Vorfeld des direkten politischen Engagements entstand eine Reihe von Organisationen der Arbeiterkulturbewegung, wie 1901 der Arbeitergesangverein „Vorwärts“. Die Arbeitersportbewegung begann in Hilden Fuß zu fassen, neben den Metall- und Textilarbeitergewerkschaften wuchsen weitere Verbände heran, die sich 1904 zum Hildener Gewerkschaftskartell zusammenschlossen. Bürgermeister und Polizeibehörden hatten ihr Augenmerk immer nur auf die Partei gerichtet und übersehen, dass die Partei nur die – noch nicht einmal sonderlich große – Spitze eines Eisberges war.

Im November 1908 riskierten Sozialdemokraten zum ersten Mal den Sprung ins Stadtparlament. Die beiden Kämpen Friedrich Pfaffenbruder und Hermann Jaspers stellten sich in der 3. Klasse zur Wahl. Das Ergebnis war mager: 136 Stimmen bekam der eine, 132 Stimmen der andere. Viele sozialdemokratische Anhänger waren nicht in den Wählerlisten verzeichnet, andere waren den Urnen aus Protest gegen das reaktionäre Dreiklassenwahlrecht ferngeblieben.

Erster Einzug in den Stadtrat

1910 aber stellte sich der bis dahin größte politische Erfolg der Hildener Sozialdemokratie ein. Schon im ersten Wahlgang zum Stadtparlament am 1. Dezember 1910 erzielten der



Ernst Hannemann, Fraktionsvorsitzender der SPD/USPD von 1911 – 1932
© Stadtarchiv Hilden

Maurer Ernst Hannemann und der Metallarbeiter Ernst Peekhaus 461 beziehungsweise 458 Stimmen. Obwohl die städtische Politik klar konservativ geprägt war, gelang in der Stichwahl

gegen die Kandidaten des katholischen Zentrums ein Sieg. Der Einzug in das Stadtparlament erfolgte schließlich am 23. Januar 1911. Die Ratsmehrheit verweigerte jedoch den beiden SPD-Stadtverordneten jede Zusammenarbeit. Beide konnten nur aus einer isolierten Position heraus für ihre Ziele kämpfen. Trotzdem setzten sie sich unermüdlich für ihre Wählerschaft ein. So wiesen sie immer wieder auf die große Wohnungsnot der sozial schwachen Bevölkerung hin, wie die Sitzungsprotokolle 1911 belegen.

Diesen Jahren des Aufbruchs folgten herbe Rückschläge. Ernst Peekhaus starb im April 1913, und sein Sitz ging bei der Nachwahl verloren. Nach der Spaltung der Partei auf Reichsebene 1917 wegen des Streits um die Zustimmung zu weiteren Krieganleihen trat die SPD Hilden zusammen mit anderen bergischen Unterbezirken zur USPD über. Im Laufe der auf das ganze Land übergreifenden revolutionären Unruhen und der Ausrufung der Republik nach dem Ende des 1. Weltkrieges bildete sich in Hilden nach dem Vorbild anderer Städte ein Arbeiter- und Soldatenrat, dessen Mitglieder sämtlich von der USPD gestellt wurden. Dieser führte die Stadt kurzzeitig.



Zeitungsanzeige zur Kommunalwahl 1919
© Stadtarchiv Hilden

Die Kommunalwahlen 1919 machten die USPD zur stärksten Partei in Hilden, mit 47,8 Prozent lag sie nahe bei der absoluten Mehrheit. Die SPD erreichte mit 70 Stimmen noch nicht einmal ein Prozent. Die SPD war mit gänzlich unbekanntem Kandidaten angetreten; hingegen konnte die USPD Kandidaten vorweisen, die unter Sozialisten einen guten Ruf hatten: die alten Kämpfer Ernst Hannemann und Friedrich Pfaffenbruder, den Redakteur Christian Schmitz und nicht zuletzt ihren Listenführer Konrad Renneisen. Eine absolute Mehrheit besaß die USPD nicht, das bürgerliche Lager war gleich stark. Der von der USPD nominierte Dr. Erich Lerch wurde 1920 zum Bürgermeister gewählt, er wechselte später zur DDP über und blieb bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 im Amt.

Die SPD selbst trat während der Zeit der Weimarer Republik in Hilden kaum mehr in Erscheinung. Bis 1929 erreichte sie nicht mehr als zehn Prozent der Stimmen. Erst 1930 gelang mit 45 Prozent wieder ein starkes Ergebnis, das aber bei der letzten freien Wahl 1933 mit dem Gewinn von nur einem Mandat nicht wiederholt werden konnte. 1928 wurde die Sozialistische Arbeiterjugend in Hilden wiedergegründet, bis 1930 wuchs sie auf annähernd 100 Mitglieder an. Im Oktober 1930 kam es in Hilden zur Gründung der Jungsozialisten. Eine besondere Frauengruppe hielt eigene Veranstaltungen ab, die stets gut besucht waren.

An der Spitze der Partei stand seit 1930 Josef Kremer als 1. Vorsitzender, sein Stellvertreter war Dr. Georg Becker, Lehrer an der Weltlichen Schule. Der Initiative Georg Beckers verdankt die Hildener Arbeiterbewegung die 1930 erfolgte Gründung des „Sozialistischen Kulturkartells“, in dem neben der SPD andere sozialistische Arbeiterorganisationen mitwirkten. Politische Bildung durch Kurse, aufklärende Vorträge, Filme waren das Hauptinteresse des Kulturkartells.

In der Nazidiktatur

Am 1. April 1933 entmachtete sich der Stadtrat ohne KPD und SPD selbst, indem er alle Vollmachten einem Beschlusausschuss mit NSDAP-Mehrheit übertrug. Seit dem 2. Juni 1933 wurden auch die Hildener Sozialdemokraten zu politisch Verfolgten und teilweise zu Gefangenen. Manche wurden eingekerkert und gefoltert. Ein öffentliches Parteileben konnte für die Sozialdemokraten nicht mehr stattfinden, dennoch trafen sich konspirativ Diskussionsrunden, unter anderem mit Heinrich Strangmeier, im privaten Kreis.

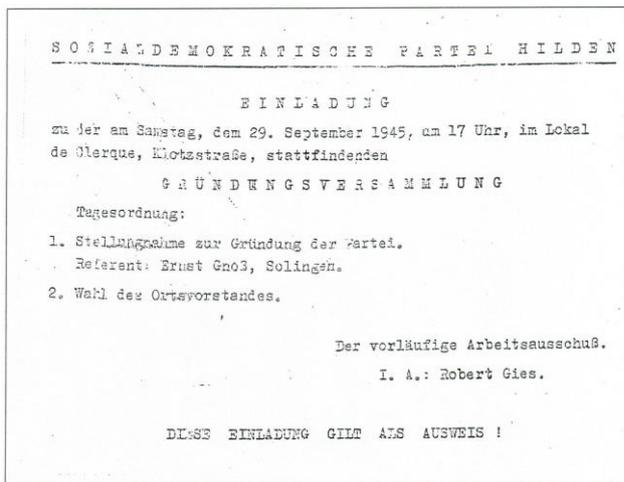
Heinrich Strangmeier, Leiter der Hildener Stadtbücherei, der Sympathisant, aber kein Mitglied der SPD war, galt als ein sozialdemokratisch angehauchter Liberaler. Am 4. April 1933 meldete die Lokalpresse die erste Bücherverbrennung in Wuppertal. Entsetzt darüber, dass sowohl NSDAP-Funktionäre als auch Hildener Bürger das Verbrennen von Büchern verlangten, die sie nie gelesen hatten, handelte er: Alle Bücher mit sozialistischem und kommunistischem Inhalt sowie alle Bücher deutscher, ausländischer und jüdischer Schriftsteller entfernte er aus der Stadtbücherei. Er fingierte einen Barverkauf, den „Verkaufserlös“ zahlte er aus eigener Tasche. Das gefährdete Schriftgut landete in der ostwestfälischen Heimat Strangmeiers, in einem guten Versteck. Mit dieser Aktion riskierte Strangmeier Kopf und Kragen. Einige wenige Eingeweihte, darunter sein Freund Robert Gies und sein jüdischer Hauswirt Jakob Schmitz, rieten ihm dringend, in die NSDAP einzutreten, damit er über jeden Verdacht erhaben war. Er wurde „Parteigenosse“, ohne die Gesinnung zu wechseln. Nach den Büchern fragte niemand mehr.

Der Verfolgungsdruck der Nazis war enorm. Aus Angst um das Leben ihres Mannes setzte Rosa Gies durch, dass sie ihre Wohnung verließen, um sich zunächst bei ihren Eltern und später in Ohligs zu verstecken. Nicht nur Rosa und Robert Gies verließen zeitweise Hilden, sondern auch Wilhelm Kremers und Josef Kremer mit ihren Familien.

Neue Chancen für Hilden und die SPD

Nach dem 2. Weltkrieg zogen britische Soldaten in die Waldkaserne ein, denn Hilden gehörte zur britischen Besatzungszone. Angelsächsische Elemente beeinflussten folglich die neu gewonnene politische Freiheit und prägten den Aufbau demokratischer Strukturen.

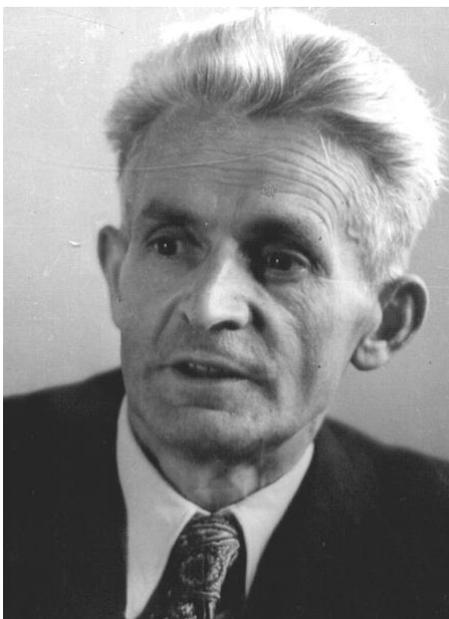
Bereits im Oktober 1945 lud Robert Gies zu einer Versammlung ein, um die Hildener SPD neu zu gründen. Einstimmig wurde der Vorstand gewählt, an seiner Spitze stand Robert Gies. Zwei Jahre später gründete sich ein Frauenausschuss, der den Parteivorstand in Frauenfragen beraten und Werbung unter den Frauen machen sollte, wie es Robert Gies dem Bürgermeister handschriftlich mitteilte. 1946 fanden erstmals nach der Nazidiktatur freie Kommunalwahlen statt, bei denen auch die wiedergegründete SPD antrat und knapp



Einladungstext zur Neugründung 1945 ©
Stadtarchiv Hilden

32 Prozent erhielt. Bei den folgenden Kommunalwahlen 1948 konnte die SPD leicht hinzugewinnen und kam auf 34 Prozent. Die Wahlergebnisse der Hildener SPD hielten sich nach einem kurzen Dämpfer 1952 mit 28 Prozent konstant über 40 Prozent. Mitte der sechziger Jahre gelang es sogar, mehr als die Hälfte der Wähler auf der Seite der Sozialdemokratie zu vereinigen.

Einen schweren Verlust erlitt die SPD und somit auch die Hildener Sozialdemokraten im August 1952 durch den Tod ihres Parteivorsitzenden Kurt Schumacher, sein Leichnam wurde von Bonn nach Hannover überführt. Als das von Polizei eskortierte Trauergeleit mit 40 Autos Hilden passierte, standen 200 Mitglieder des Ortsvereins an der Autobahn Spalier und entboten dem Toten einen letzten Gruß.



Julius Kaut, Fraktionsvorsitzender von 1946 – 1959
©Stadtarchiv Hilden

Erster Fraktionsvorsitzender wurde 1946 Julius Kaut, der das Amt bis 1959 ausübte. Ihm folgte Hans Schneller, der den Fraktionsvorsitz von 1959 bis 1984 mit einer kurzen Unterbrechung durch Robert Gies (1969-1970) innehatte. Robert Gies, der langjährige verdiente Sozialdemokrat und Verfolgte des Naziregimes, wurde 1952 Bürgermeister. Dieses Amt bekleidete er – der von Beruf Arbeits- und Sozialdirektor in einem großen Unternehmen war – 17 Jahre lang. Er genoss großes Ansehen, nicht zuletzt auch wegen seiner in der

Vergangenheit bewiesenen Unbeugsamkeit gegenüber dem Nationalsozialismus. Als Bürgermeister hat er sich stets für die sozial Schwachen engagiert. Und: Er war der „Vater“ der Städtepartnerschaft zwischen Hilden und Warrington, die sich aus den Kontakten mit den britischen Soldaten der Waldkaserne entwickelte und in dem Partnerschaftsvertrag von 1968 niederschlug.



Hans Schneller, Fraktionsvorsitzender von 1959 bis 1984
©Stadtarchiv Hilden



Robert Gies, Hildener Bürgermeister von 1952 bis 1969
©Stadtarchiv Hilden

Robert Gies und Julius Kraut stellten sich gemeinsam mit dem Beigeordneten Heinrich Strangmeier und der Ratsfraktion den Herausforderungen der Nachkriegszeit. Diese gestalteten sich in Hilden nicht anders als im gesamten Land: es galt, die Folgen des Krieges zu beseitigen, neue Strukturen aufzubauen und das Gemeinwesen wieder zum Leben zu erwecken. Mit enormem Einsatz und viel Kraft musste die große Wohnungsnot gelindert werden. Sie war das beherrschende lokalpolitische Thema über Jahre. So entstanden Neubaugebiete in der Stadt, wurden Siedlungen für Flüchtlinge und Vertriebene gebaut. Durch deren Zuzug hatte sich die Einwohnerzahl Hildens nach dem Krieg von 25.000 rasant auf 45.000 im Jahr 1966 erhöht. In der Folge mussten Schulen erweitert oder – wie das Schulzentrum Holterhöpfchen – neu errichtet werden. Das Altenheim am Fliederweg entstand ebenso wie das Feuerwehrhaus und zahlreiche Sportanlagen.

Zäsur und Umbruch



Partei- und Fraktionsvorsitzender Hans Schneller mit Willy Brandt und Heinz Kühn bei einer Wahlveranstaltung in Hilden 1966
©Ortsverein Hilden

Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre: Es war die Zeit der weltweiten Proteste gegen den Vietnamkrieg. Zudem begleiteten die Studentenproteste gegen den „Muff von tausend Jahren“ in Deutschland den gesellschaftlichen Umbruch. Mit Willy Brandt wurde erstmals ein Sozialdemokrat Bundeskanzler. Seine sozialliberale Koalition hatte das Ziel, das Land und seine Politik zu verändern. Willy Brandts Botschaft „wir wollen mehr Demokratie wagen“ ermunterte die Menschen, vor allem die jüngere Generation, zum politischen Engagement. Die SPD erlebte einen Ansturm neuer Mitglieder, im Hildener Ortsverein wurde das 500ste Mitglied begrüßt. Die Mitgliederzahl hatte sich innerhalb von zehn Jahren mehr als verdoppelt.



Viele Prominente kamen zur Unterstützung von Uwe Holtz nach Hilden. 1976 begrüßte OV-Vorsitzender Hans-Günter Eckerth Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel
©Ortsverein Hilden

Bei der Bundestagswahl 1972, der legendären Willy-Wahl, wurden die Sozialdemokraten in Hilden von einer Welle der Sympathie getragen. Mit 48,4 Prozent der Zweitstimmen erreichten sie das beste Ergebnis ihrer Geschichte bei Bundestagswahlen. Auch bei den Erststimmen lag der Kandidat der SPD vorn. Es war der 28-jährige Historiker Dr. Uwe Holtz, der als nahezu unbekannter Herausforderer im Wahlkreis Mettmann I seinen CDU-Gegner, den ehemaligen Außen- und Verteidigungsminister Dr. Gerhard Schröder, überflügelte. Uwe Holtz nahm sich eine Wohnung in Hilden, wurde Mitglied im Ortsverein, betreute seinen Wahlkreis vorbildlich und arbeitete bis 1994 erfolgreich im Deutschen Bundestag. Hier leitete er viele Jahre als Vorsitzender den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Uwe Holtz hat in dieser Zeit die Entwicklungspolitik in Deutschland maßgeblich beeinflusst.

Nach seinem Abschied von der politischen Bühne schloss sich Uwe Holtz 1995 dem Ortsverein Bonn an.

Sechs Bewerber machten sich 1993 Hoffnungen auf die Nachfolge von Uwe Holtz, um als SPD-Kandidat bei der Bundestagswahl im Oktober 1994 antreten zu können. Nach einer Vorstellungstour durch die Ortsvereine standen auf der Wahlkreiskonferenz in Langenfeld noch drei Bewerber zur Wahl. Das Rennen gewann im zweiten Wahlgang der Hildener Jürgen Scholz. Bei der Bundestagswahl erreichte Scholz 42,5 Prozent der Erststimmen und lag damit 3,3 Prozent hinter dem CDU-Kandidaten.

In Hilden tat sich die SPD am Anfang der bewegten Siebziger nach dem Verlust der Ratsmehrheit 1969 in der folgenden Wahlperiode schwer, ihre Rolle als Minderheit im Rat zu finden. Auch erlebte der Ortsverein stürmische Zeiten, zu denen die starke Juso-Arbeitsgemeinschaft wesentlich beitrug. Der Generationenkonflikt hatte die Hildener SPD erreicht. Ellenlange Diskussionen in den Mitgliederversammlungen drehten sich verstärkt um kommunalpolitische Themen, Entscheidungen und Positionen der Ratsfraktion wurden hinterfragt und kritisiert. Eine Situation, mit der besonders lang gediente Fraktionsmitglieder ihre Probleme hatten.

Impulse aus der jüngeren Generation

Wichtige Impulse kamen aus der jüngeren Generation. So richtete Wolfram Schorn, der 1970 Hans Schneller als Parteivorsitzenden abgelöst hatte, das erste Parteibüro in der Kirchhofstraße ein. Hier fanden – auch das war neu – jetzt regelmäßig Fraktionssitzungen statt; bis heute trifft sich die Ratsfraktion jeden Dienstag. Der Jurist Wolfram Schorn, der bei seiner Wahl 28 Jahre alt war, installierte im Ortsverein Arbeitskreise, in denen Nichtmitglieder mitarbeiten konnten. Gerd Kirchhoff, später 1. Beigeordneter in Hilden,



Zur Kommunalwahl 1975 stellte die Hildener SPD erstmals ein umfassendes kommunalpolitisches Grundsatzprogramm vor.
©Ortsverein Hilden

schrieb den ersten Entwurf für ein kommunalpolitisches Grundsatzprogramm zur Wahl 1975 und nannte es „Hilden-Plan 75“. Eine Idee, die bis heute wirkt. Vor jeder Kommunalwahl

wird im Ortsverein der Hilden-Plan fortgeschrieben. Er ist der politische Handlungsrahmen für die Ratsfraktion in der folgenden Wahlperiode.

Zu Beginn der Wahlperiode 75/79 war die Entscheidung über den Bau einer Stadthalle das beherrschende Thema in der Stadt. Und zwangsläufig auch in der SPD. Nach langen Diskussionen entschied sich die SPD-Fraktion gegen das Projekt. Zwei Mitglieder schlossen sich der Fraktionsmehrheit nicht an und stimmten im Rat für den Bau. Trotz der Abstimmungsniederlage begleitete die SPD-Fraktion alle Detail- und Folgeentscheidungen zu diesem Bau konstruktiv. Diese grundsätzliche Entscheidung war richtungsweisend und prägt bis heute das Verhalten der sozialdemokratischen Ratsmitglieder in vergleichbaren Situationen.

In dieser Um- und Aufbruchszeit erfuhren Ortsverein und Ratsfraktion einen erheblichen Personalwechsel. Vor allem Neulinge gaben in den Jahren 75/79 ihr Ratsmandat aus beruflichen oder familiären Gründen zurück. Viele hatten den Zeitaufwand für das Mandat unterschätzt. Die Rats- und Ausschusssitzungen begannen damals um 15 Uhr und endeten nicht selten nach 21 Uhr; teilweise gab es auch vormittags Sitzungstermine. Die Wünsche der SPD, den Sitzungsbeginn frauen- und arbeitnehmerfreundlich auf 17 Uhr zu verlegen, fanden erst Mitte der achtziger Jahre eine Mehrheit. Durch ein neues Vorauswahlverfahren im Ortsverein – das noch bis heute praktiziert wird – konnte die Fluktuation schon in der Wahlperiode 79/85 deutlich verringert werden.



Unter den 26 Ratskandidaten im Jahr 1975 befand sich lediglich eine Frau. 1984 kandidierten sechs Frauen: Dr. Gisela Losseff-Tillmanns, Li Donner, Elli Eckerth, Hiltrud Stegmaier, Evelyne Vollmer, Ilka Möller-Scholz.
©Ortsverein Hilden

Nach vielen Wechseln im Vorsitz des Parteivorstandes seit 1970 übernahm 1978 der Realschuldirektor Hans-Günter Eckerth dieses Amt. Eckerth, mit Erfahrungen als Ratsmitglied, als Fraktionsvorsitzender im Kreistag und als stellvertretender Landrat, war ein Mann des Ausgleichs und mit politischer Weitsicht. Eckerth, der zum Ende seines politischen Engagements Ehrenbürger von Warrington werden sollte, begründete in seiner Amtszeit als Vorsitzender die Partnerschaft des Ortsvereins mit der Labour Party in Warrington. Für die Stadt Hilden entwickelte die SPD in dieser Zeit immer wieder zukunftsweisende Vorstellungen, die erst in späteren Jahren durchgesetzt werden konnten. Zentrale Idee war die Wiederbelebung der Innenstadt: Wohnungen sollten hier vorrangig entstehen und nicht auf der grünen Wiese, die gesamte Mittelstraße sollte Fußgängerzone, eine neue Stadtbücherei sollte gebaut werden. Zudem waren ein Neu- und Erweiterungsbau des Altenheimes am Fliederweg und die Errichtung einer Gesamtschule aus sozialdemokratischer Sicht dringend erforderlich.

Stadtentwicklung wird neuer Schwerpunkt der SPD

In den Jahren 1978-1982 erlebte Hilden als Folge von Wirtschaftskrisen durch Schließungen großer Industriebetriebe den Verlust von etwa 5.000 Arbeitsplätzen. Industriebrachen als Folge der Wirtschaftskrise, steigende Arbeitslosigkeit und sinkende Steuereinnahmen brachten immer neue Herausforderungen. Dies und die Folgeprobleme sowie die schleichende Verödung der Innenstadt veranlassten die SPD-Ratsfraktion, neue Prioritäten zu setzen: Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung traten an die Seite von sozial- und kulturpolitischen Themen.



Die Ratskandidaten 1984 informierten sich auf einer Radtour vor Ort. ©Ortsverein Hilden

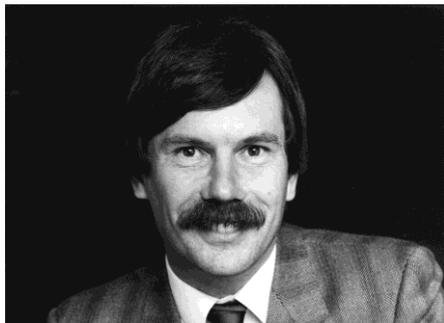
Rat und Verwaltung resignierten nicht und suchten aktiv und zügig nach neuen Lösungen. Hilden veränderte sich in den nächsten 25 Jahren zum Positiven. In Rekordzeit wurden Industriebrachen von Altlasten saniert, erschlossen und zur Gewerbeansiedlung verkauft. Heute findet man auf diesen Flächen kleine und mittlere Unternehmen mit gutem Branchenmix und einer Vielzahl von Arbeitsplätzen. Der Standort Hilden war wieder gefragt, ein privater Investor entwickelte den Itterpark. Und ein einst kleines Unternehmen, eine Ausgründung der Universität Düsseldorf, hat sich hier zum Weltmarktführer entwickelt: Qiagen.

In der Innenstadt hat der Rat Planungsrecht für Wohnungsbau an der Mühlenstraße, am Nove-Mesto-Platz, am Warringtonplatz und an der Berliner Straße geschaffen. Dort sind in kürzester Zeit Quartiere mit hoher Wohn- und Lebensqualität entstanden, die wesentlich zur

Belebung der Innenstadt beitragen, wie auch die 1987 fertiggestellte Fußgängerzone, die neue Stadtbücherei und das neue Rathaus. Dies alles hat die SPD-Fraktion aktiv begleitet. Dabei spielte es keine Rolle, ob sie sich im Rat in der Minderheit befand oder in einer Koalition mit den Grünen die Mehrheit stellte. 1987 kehrte Gerd Kirchhoff in die Hildener Kommunalpolitik zurück. Zunächst als Beigeordneter, 1989 als 1. Beigeordneter übernahm er die Verantwortung für die Wirtschaftsförderung. Gerd Kirchhoff hat durch sein großes Engagement erheblich zum Strukturwandel und somit zum Wohlstand der Stadt beigetragen.

Zwei langjährige Forderungen der SPD wurden Ende der achtziger Jahre erfüllt: Die Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Osteuropa wurde durch den Partnerschaftsvertrag mit Nové Město nad Metují 1989 verwirklicht, und der Neubau des Altenheims wurde beschlossen und 1992 fertiggestellt.

Bundesweit hatten Anfang der achtziger Jahre Bürgerbewegungen zum Schutze der Umwelt und gegen die atomare Aufrüstung als Folge des NATO-Doppelschlusses erheblichen Zulauf. Die Hildener SPD nahm diese Themen frühzeitig auf, positionierte sich und stritt innerparteilich gegen den Doppelbeschluss sowie den Ausbau der Atomkraft. Im Oktober 1983 veranstaltete der Ortsverein eine „Woche des Friedens“, an der auch die örtlichen Friedensinitiativen teilnahmen.



Jürgen Scholz, Fraktionsvorsitzender von 1984 – 2003
©Ortsverein Hilden

Den veränderten Prioritäten in Sachfragen folgte 1984 auch ein personeller Wechsel an der Fraktionsspitze. Jürgen Scholz löste Hans Schneller im Fraktionsvorsitz ab. Auch im Ortsverein vollzog sich ein Wechsel: Der stellvertretende Bürgermeister Hans-Günter Eckerth übergab 1986 den Vorsitz im Ortsverein an Günter Scheib, der ihm drei Jahre später auch in diesem städtischen Ehrenamt folgen sollte.

Bereits 1985 hatte der Ortsvereinsvorstand beschlossen, die Geschichte der Hildener SPD aufzuschreiben; für das Projekt verantwortlich war Gisela Losseff-Tillmanns. Gemeinsam mit ihr gab Günter Scheib 1987 den ersten Teil (1863-1933) der Dokumentation heraus, die insbesondere den Opfern des Nazi-Terrors gewidmet war. In seiner achtjährigen Amtszeit als Parteivorsitzender nahm sich Günter Scheib besonders der Frage der ausländischen Mitbürger an und knüpfte enge Kontakte zu den Vereinen und ihren Mitgliedern. Er entwickelte die kommunalpolitischen Positionen der Hildener SPD weiter, festigte das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihn und die SPD. Damit schuf er die Voraussetzungen für den politischen Wechsel nach der Kommunalwahl 1994. Eine Koalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wählte ihn zum ersten sozialdemokratischen Bürgermeister seit 1969. Er war zwei Jahrzehnte das „Gesicht“ der Hildener SPD.



Plakat Günter Scheib mit Johannes Rau zur Kommunalwahl 1989
©Ortsverein Hilden

Ein Grieche wird Vorsitzender

Nach seiner Wahl zum Bürgermeister legte Günter Scheib sein Amt als Parteivorsitzender nieder. Mit großer Mehrheit wurde Apostolos Tsalastras im Februar 1995 zu seinem Nachfolger gewählt. Die Rheinische Post schrieb: „Tsalastras ist Grieche und dürfte einer von



Apostolos Tsalastras, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Hilden
von 1995 – 2004
©Ortsverein Hilden

ganz wenigen Ausländern in Deutschland sein, die an der Spitze einer Partei stehen.“ Bei den Wahlen zum Ausländerbeirat trat die SPD mit einer internationalen Liste an, die zwölf Frauen und Männer kamen aus sechs Nationen. Im Oktober 1995 stellte Tsalastras den zweiten Teil der SPD-Geschichte (1933-1969) vor. In diesem Jahr gab es auch einen Wechsel von Sozialdemokraten in der Verwaltungsspitze. Horst Thiele folgte als 1. Beigeordneter auf Gerd Kirchhoff, der nach Bochum wechselte. Auch Horst Thiele hat ideenreich und engagiert als Kämmerer und später als Baudezernent zum Wohle der Stadt gearbeitet, viele Projekte tragen seine Handschrift.

In der Zeit des Vorsitzes von Apostolos Tsalastras wurden Veranstaltungen wieder mit Leben gefüllt, neue Formate entwickelt und auch neue Arbeitsweisen eingeführt. Auch die Präsentation der Partei nahm ein modernes Aussehen an. Viele gesellige Veranstaltungen, die die Verankerung der Partei in die Stadtgesellschaft befördern sollten, wurden intensiviert. Es fanden in dieser Zeit das traditionelle Sommerfest, das Skatturnier, der Tanz in den Mai statt. Die Beteiligung am Weihnachtsmarkt und an der Maikundgebung waren jährliche Aktivitäten. Hinzugekommen war der Neujahrsempfang, der mit Beteiligung prominenter Genossinnen und Genossen zur Ehrung der Jubilare genutzt werden konnte.

Über diese geselligen Veranstaltungen, die auch zur Mitgliederbindung hervorragend geeignet waren, wurde die Mitgliederbetreuung intensiviert. Eine Mitglieder-Info ermöglichte den Kontakt und die medienunabhängige regelmäßige Information der Mitglieder. Mittels Mitglieder-Telefon-Aktion und Mitglieder-Fragebogen konnten die Bedürfnisse der Mitglieder ermittelt und ihre mögliche Unterstützung abgefragt werden. Das Neumitgliedertreffen war eine Form der Willkommenskultur des Ortsvereins. In dieser Zeit wurde auch die Projektarbeit eingeführt, die mit „Solar City“, „Arbeit 2000“, „Zukunftsschmiede Hilden“ und der Zukunftswerkstatt zur Parteireform erfolgreiche Anregungen für die inhaltliche Arbeit von Partei und Fraktion brachte. Auch der Austausch mit der Labour Party in Warrington konnte weitergeführt und um den Austausch politischer Ansätze und Ideen ergänzt werden.

Die größten politischen Erfolge dieser Zeit waren die Wahl von Günter Scheib zum ersten hauptamtlichen Bürgermeister in Hilden und das grandiose Wahlergebnis zur Bundestagswahl 1998 in Hilden, aus der Gerhard Schröder als neuer Bundeskanzler hervorgehen konnte.

Im Jahre 1999 wurde Maximilian Rech auf Vorschlag der SPD-Fraktion zum Beigeordneten gewählt und trat am 1. Januar 2000 sein Amt als Baudezernent an. In seiner Amtszeit wurden wichtige Infrastruktur-Projekte auf den Weg gebracht.

Zukunftsfähig im neuen Jahrtausend

Nach fünf Jahren als ehrenamtlicher Bürgermeister wurde Günter Scheib 1999 erstmals als hauptamtlicher Bürgermeister direkt gewählt. Günter Scheib verdiente sich durch die Art



Birgit Alkenings, Fraktions- und Ortsvereinsvorsitzende
©Ortsverein Hilden

und Weise seiner Amtsführung große Anerkennung in der Hildener Bevölkerung, was ihm 2004 im ersten Wahlgang die Wiederwahl mit absoluter Mehrheit sicherte. Er war nie ein verbissener Paragrafenreiter in seinem Amt, er war ein Kümmerer. Dabei war ihm die Nähe zu den Menschen wichtig, um deren Interessen im Rahmen seiner Möglichkeiten umzusetzen. Günter Scheib wollte seine Stadt mitgestalten und einen Beitrag dazu liefern, dass es den Menschen in unserer Stadt besser geht. Nach vielen Jahren politischen Engagements – nicht nur als Bürgermeister – hat sich Günter Scheib 2009 entschieden, kein politisches Amt und auch kein Mandat mehr anzustreben, er trat bei der Kommunalwahl nicht mehr an.

In der Fraktionsspitze fand 2003 ein Generationenwechsel statt. Birgit Alkenings übernahm von Jürgen Scholz den Vorsitz der Fraktion; seit 2008 ist sie auch Vorsitzende des Ortsvereins und damit auch die erste Frau in der Hildener SPD auf diesen Positionen.

Das Jahr 2009 war ein Jahr der Wahlen. Der Europawahl im Juni folgten die Kommunalwahlen im August. Dabei gelang es Horst Thiele als Nachfolger von Günter Scheib, das Amt des Bürgermeisters für die SPD zu verteidigen. Er gewann mit 46,4 Prozent und großem Vorsprung und fügte so der Geschichte der Hildener SPD einen weiteren Erfolg hinzu. Bei der Wahl zum Rat kam die SPD auf 29,5 Prozent der Stimmen. Das Wahljahr endete im September mit der Bundestagswahl. Der ehemalige NRW-Ministerpräsident und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück stellte sich erstmals im Wahlkreis 105 ME 1 zur Wahl und wurde Mitglied im Ortsverein Hilden. Wie die Kandidaten bei der Landtagswahl reichten auch für ihn die Erststimmen nicht, er zog aber über die Landesliste in den Bundestag ein. Peer Steinbrück richtete sein Wahlkreisbüro in Hilden in den Räumen des Ortsvereins ein. Dies befindet sich seit Januar 2011 in der Bahnhofsallee 24. Nach Kirchhofstraße, Eller- und Berliner Straße ist es der vierte SPD-Standort seit 1970.



Kommunalwahl 2009: Horst Thiele wird
Bürgermeister
©Ortsverein Hilden

Bei den Landtagswahlen im Mai 2010 kandidierte mit Birgit Alkenings erstmals eine Hildener Sozialdemokratin im Wahlkreis Mettmann 36. Mit 38,6 Prozent der Erststimmen in Hilden lag sie wie im gesamten Wahlkreis auf Platz zwei. Der nördliche und der östliche Teil Hildens gehören zum Wahlkreis Mettmann 37, hier erreichte Matthias Engel aus Mettmann 36,9 Prozent. Beide schafften den Einzug in den Landtag nicht.

Im Jahr 2011 feierte die SPD-Fraktion ihr 100-jähriges Jubiläum. Der ehemalige Parteivorsitzende Franz Müntefering war aus Bonn gekommen und hielt die Festrede. Die 100-jährige Geschichte der SPD-Fraktion in Hilden ist der Beweis, dass die SPD und ihre Vertreterinnen und Vertreter im Rat der Stadt Hilden mit Engagement und Beständigkeit die Interessen der Menschen in ihrer Stadt verlässlich wahrnehmen. 2013 feiert der SPD-Ortsverein sein 150-jähriges Jubiläum, das ist auch ein Jubiläum der Ideen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Diese haben immer wieder Menschen bewogen, sich – auch unter widrigsten Umständen – aktiv für die sozialdemokratischen Grundsätze zu engagieren.

Die Vorsitzenden nach 1945

Robert Gies*	1945-1947
Rudolf Klemm*	1950-
Hans Schneller	1957-1970
Wolfram Schorn	1970-1972
Karl-Heinz Schmider	1972-1973
Werner Siggelkow	1973-1975
Heinz Brieden	1975-1976
Wolfgang Fuß	1976-1977
Jürgen Scholz (komm.)	1977-1978
Hans-Günter Eckerth	1978-1986
Günter Scheib	1986-1994
Apostolos Tsalastras	1995-2004
Hans-Werner Schneller	2004-2006
Manfred Böhm	2006-2008
Birgit Alkenings	2008-heute

*Die Dauer der Amtszeiten konnte nicht mehr ermittelt werden.

Zu dieser Chronik

Grundlagen meines Textes sind „Die Geschichte der SPD Hilden 1863-1933“ von Dr. Willy Buschak aus dem Jahr 1987 und „Die Geschichte der SPD in Hilden von 1933 bis 1969“ von Dr. Gerd Müller aus dem Jahr 1995. Für diesen Zeitraum sind Jahreszahlen, Fakten und Textpassagen aus diesen beiden Ausarbeitungen übernommen. Das gilt auch für das Porträt von Robert Gies. Die Ereignisse ab 1970 habe ich nach Gesprächen mit Zeitzeugen und eigenen Erinnerungen niedergeschrieben, dabei waren mir Presseberichte und das Stadtarchiv in Hilden behilflich. Das waren auch Günter Scheib und Apostolos Tsalastras für ihre Amtszeiten. Mein Dank gilt auch Anabela Barata.

Jürgen Scholz